

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien Tagung in Frankfurt a. M.

Am 8. Juli trat in Frankfurt a. M. das fünfgliedrige Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, bestehend aus Adler (Österreich), Grimm (Schweiz), Ledebour (Deutschland), Longuet (Frankreich), Wallhead (England) zu einer Sitzung zusammen. Zur Teilnahme mit beratender Stimme waren auch die andern Mitglieder des Exekutiv-Komitees eingeladen. Von diesen erschienen Crispian (Deutschland), Graber (Schweiz), Abramowitsch (russ. Sozialdemokraten), Schreiber (russische Linke Sozialrevolutionäre) und Locker (Poale Zion).

Die Tagung begann mit einer eingehenden Erörterung der internationalen politischen Lage und den Berichten der Delegierten der einzelnen Länder über die Entwicklung der Bewegung seit der Wiener Konferenz. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Probleme des Neuaufbaues einer allumfassenden Internationale. Es wurde zu den Ergebnissen des Moskauer Kongresses der kommunistischen Internationale, sowie zu den Fragen, die durch den Brief der englischen Labour Party aufgeworfen wurden, Stellung genommen. Dieser Brief, der an sämtliche Arbeiter- und sozialistische Parteien gesandt wurde, teilte die von dem Kongreß der Labour Party gefasste Entschlieung mit, welche dessen Parteiführung beauftragt, für Sicherung und Stärkung der 2. Internationale und die Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge im Gegensatz zur Diktatur zu sorgen, gleichzeitig den Wunsch nach Führung zwischen der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der 2. Internationale auszusprechen, um einen Zusammenstoß vorzubereiten und künftigen Spaltungen entgegenzuwirken.

In dem nach eingehender Beratung beschlossenen Antwortschreiben wurde unter ausdrücklichen Hinweis auf die Gegensätze in den Auffassungen zwischen Arbeitsgemeinschaft und zweiter Internationale die angeregte Konferenz abgelehnt. So sehr die Arbeitsgemeinschaft auch mit dem Ziel der Schaffung einer allumfassenden proletarischen Internationale einverstanden sei, so wenig seien heute schon die Voraussetzungen hierfür gegeben, da die Gemeinschaft der Grundanschauungen noch fehle. Der Gegensatz bestehe in der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes. Das Antwortschreiben drückt noch aus, daß die Arbeitsgemeinschaft zu informativischen Besprechungen, mögen sie von Parteien der zweiten oder der dritten Internationale angeregt werden, stets bereit sei, da sie solche als notwendig zur Schaffung der erstrebten wirklichen Internationale erachte.

Eine Einladung der Polnischen sozialistischen Partei wurde abgelehnt und folgende Entschlieung einstimmig gefaßt:

Die Konferenz protestiert aufs schärfste gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung in Polen, deren Opfer neben den kommunistischen vor allem die jüdischen Arbeiter sind. Sie bedauert es aufs tiefste, daß die polnische Arbeiterpartei, die in ihrer Mehrheit unter sozialpatriotischer und chauvinistischer Führung steht, ihre Macht nicht dazu benutzte, um diesem Willen der Reaktion entgegenzutreten und den in den Belangen der schmachthenden Sozialisten zu Hilfe zu kommen. Sie spricht den Opfern der polnischen Reaktion ihre herzlichste Sympathie aus.

Zu den jüngsten Ereignissen in Lettland wurde in folgender Erklärung Stellung genommen:

Genosse A. Braun, der Vorsitzende des unsterk MSP, angeschlossener sozialdemokratischer Bundes in Lettland, der seit zwei Jahrzehnten Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands ist, wurde von einem Kriegsgericht in Riga auf Grund von erwiesenermaßen falschen Aussagen eines notorischen Polizeispitzels wegen „bolschewistischer Propaganda“ zum Tode verurteilt. Die Proteste der uns angeschlossenen Parteien in Lettland hatten zur Folge, daß die sozialistischen Zeitungen verboten wurden und eine Welle der Verfolgungen begann. Die ganze konterrevolutionäre Brutalität der lettlandischen Reaktion enthielt sich schamlos in diesem militärgerichtlichen Urteil. Wir fordern die sofortige Annullierung dieses ebenso unsinnigen wie grausamen Verfahrens, wir fordern, daß unser allbewährter Parteigenosse A. Braun sofort in Freiheit gesetzt und den sozialistischen Parteien Bewegungsfreiheit gewährleistet werde.

Am der Hilfsaktion für die sich noch immer in verzweifelter Lage befindlichen Emigranten aus Ungarn und für die noch immer in den Kertern Horrorschmachthenden Genossen einen neuen Antriebs zu geben, wurde ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder erlassen.

Gegen die bolschewistische Diktatur erhob die Konferenz folgenden Protest:

Die Bourgeoisie aller Länder hat während langer Jahre alle Verbüchungen des Zarenismus gegen die Sozialisten und die revolutionäre Arbeiterbewegung geduldet. Sie hat insbesondere während des Weltkrieges und in allen Kämpfen gegen das Proletariat in stumpfsinniger Weise die Anwendung der schlimmsten Gewaltmittel gutgeheißen. Durch dieses Verhalten hat sie sich selbst jeglichen

Rechts begeben, gegen die Gewalt Herrschaft des bolschewistischen Regimes zu protestieren.

Dagegen ist die internationale Sozialistendebewegung durchaus berechtigt und kompetent, um das gegenwärtige Regime in jedem Auslande zu beurteilen. Als revolutionäre Sozialisten haben wir die traurige Pflicht zur Feststellung, daß nach vier Jahren, die seit Gründung der russischen Sowjetrepublik verfloßen sind, noch nicht die mindeste Hoffnung besteht, daß das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit dem Klassenbewußten Proletariat zugesprochen werden. Mit Bedauern und Enttäuschung stellen wir fest, daß die bolschewistische Herrschaft durch ihren Terror jedes Recht der freien Kritik unterdrückt.

Wir konstatieren ferner, daß die sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Parteien, die unter Organisation angeschlossen sind, die gleichen Verfolgungen erleiden wie unter der Herrschaft des Zarenismus, und weder die Möglichkeit der freien Propaganda noch Presse- und Versammlungsfreiheit besitzen und in derselben Weise eingekerkert werden, wie zur Zeit des Zarenismus.

Wir fordern die Herstellung des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Press- und Versammlungsfreiheit für das ganze russische Klassenbewußte Proletariat ohne Unterschied der Richtung, die Freilassung der in den bolschewistischen Gefängnissen schmachtenden Genossen, eine ernsthafteste, unparteiliche Untersuchung der in den russischen Gefängnissen unangenehm Greuel durch eine Kommission, in der auch die der internationalen Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen russischen Parteien vertreten sind.

Wir versichern die sozialistischen Opfer unserer tiefsten Sympathie und erwarten, auch nach diesen tragischen Enttäuschungen den Kampf für den revolutionären Sozialismus mit ungebrochener Kraft weiterzuführen.

Ferner nahm die Konferenz einen mündlichen Bericht der Vertreter der georgischen Sozialdemokraten, der Genossen Tschidze und Kamischvili, entgegen. An diese Darlegung knüpfte sich eine eingehende Besprechung der Lage in Georgien, deren Ergebnisse in folgender Resolution zum Ausdruck kommen:

Zur Zeit der Wiener Konferenz der MSP. (Ende Februar 1921) trafen die ersten Nachrichten über den Ueberfall der georgischen Republik durch bolschewistische Truppen ein. Die Konferenz beauftragte das Exekutivkomitee, „die weitere Klarstellung der Verhältnisse durchzuführen und hierzu Stellung zu nehmen“.

Die Sitzung des Bureaus der MSP. in Frankfurt a. M. am 9. Juli 1921 stellt auf Grund der Kenntnis des seither von Seiten der Georgier, als auch der Bolschewisten veröffentlichten Materials und des mündlichen Berichtes der Vertreter Georgiens Tschidze und Kamischvili fest, daß weiter keinerlei Zweifel mehr daran bestehen kann, daß es sich tatsächlich um einen Ueberfall der bolschewistischen Truppen aus rein militärisch-strategischen Gründen gehandelt hat. Es sind also alle Voraussetzungen gegeben, die im Sinne des Berichtes der Wiener Konferenz den entscheidendsten Protest des Weltproletariats gegen diesen Ueberfall voll und rechtfertigt. Die sofortige Zurückziehung der bolschewistischen Truppen aus Georgien und die freie und uneingeschränkte Abkündigung des georgischen Volkes über sein ferneres Schicksal ist eine selbstverständliche Forderung sozialistischer Gerechtigkeit.

Ausdrücklich wurde betont, daß die Konferenz die Vertreter der sozialdemokratischen Partei Georgiens nur in Hinblick auf die ganz besondere Lage dieser Partei empfangen und daß sich hieraus ein Präjudiz für andre der Arbeitsgemeinschaft nicht angehörende Parteien ableiten lasse.

In der Beratung der durch das Entente-Diktat in Deutschland geschaffenen Lage, insbesondere der provokatorischen Aufrechterhaltung der Sanktionen billigte die Konferenz vollständig die Haltung der der MSP. angeschlossenen Parteien.

Bei der Beratung der organisatorischen Fragen wurde zunächst festgestellt, daß in allen Ländern, in denen seit der Wiener Konferenz Parteitage stattgefunden haben, die Beschlüsse von Wien ratifiziert und der formelle Beitritt zur MSP. vollzogen wurde. Wo Parteitage noch nicht stattfanden, haben die Parteivorstände ihr vorläufiges Einverständnis mit den Ergebnissen der Wiener Konferenz bekundet. Es haben sich eine Reihe von Parteien zum Anschluß an die MSP. bereit erklärt. Das Bureau entschied jedoch im Sinne der Statuten, daß die Aufnahme von Parteien nur durch das Plenum der internationalen Konferenz erfolgen könne.

Sodann wurden interne Organisationsfragen, die Durchführung des Beschlusses der Wiener Konferenz über die finanzieller Beiträge der Parteien an die MSP., die Frage der Ausgestaltung der Nachrichten und die Ausgabe derselben in andern Sprachen beraten. Auch die Schaffung einer internationalen News und eines internationalen telephonischen Informationsdienstes wurden neuerlich durchberaten und das Sekretariat beauftragt, die einleitenden Schritte zur Realisierung dieser Projekte in die Wege zu leiten.

Die Tagung der Konferenz wurde Sonntag in später Nachtstunde durch den Vorsitzenden Ledebour geschlossen. Montag vormittag trat sodann das Bureau nochmals zur ständigen Berathung der Beschlüsse zu einer kurzen Besprechung zusammen.

### Stinnes und die Konzentration des Kapitalismus.

II.

Im Hinblick auf die in größtem Umfange geplanten Verbrauchssteuern zur Erfüllung des Ultimatus ist es natürlich von eminenter Bedeutung, wie planmäßig von der Großindustrie die Steuern umgangen werden. Je größer das Unternehmen und weltverbreiteter die Verbindungen, desto leichter ist die Steuerlabotage durchführbar. Ein typisches Beispiel dafür ist Stinnes: „Er besitzt Kohlen- und andre Lager, Schiffe, Bergwerke, Aktien und Anteile aller möglichen Unternehmungen; er ist an vielen Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht beteiligt und hat in aller Herren Länder Bankkonten. Ist es nicht Hugo Stinnes selbst, dann sind es seine Geschäftsfreunde oder ihm nahestehende Unternehmen. Ueberall kann man recht- und gefehlmäßig „abschreiben“, überall kann man „ordnungsmäßige“ Reserven bilden. Herr Stinnes hat viel nichtdeutschen Besitz, er war schon immer an großen ausländischen Unternehmen beteiligt. Liegen diese Objekte im neutralen Ausland, dann bringen sie gute Baluta, liegen sie in feindlichem Gebiet und wurden sie ihm auf Grund des Friedensvertrages abgenommen, dann entschädigt ihn bestimmungsgemäß das Reich. Stinnes treibt umfangreichen Außenhandel, Stinnes kauft viel Auslandsware, seine Gesellschaften treiben Auslandshandel, dort, wo er beteiligt ist, werden die Beziehungen zum Ausland gepflegt. Es quillt ihm aus tausend Poren zu, je größer sein Interessentenkreis wird. Welcher Steuerbeamte will da nachkommen? Wer weiß außer ihm selbst in seinen Angelegenheiten so gut Bescheid, daß er ihm wirklich nachrechnen kann? Niemand! Der Staat, das Reich ist auf seine Ehrlichkeit angewiesen. Schon Treitschke sagte, daß es keinen ehrlichen Kaufmann gebe. Ist der Mann der Steuerbehörde gegenüber ehrlich, dann ist es kein Kaufmann...“

„Heute wird im besondern bei den Gesellschaften, die von wenigen Großaktionären beherrscht werden, und dazu zählen in erster Linie die Stinnes'schen Unternehmungen, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der erzielten wirklichen Gewinne zur Ausschüttung verwendet. Begründet wird dies mit der wirtschaftlichen Vorsicht. In Wirklichkeit hat diese „Vorsicht“ den Vorteil ungeheurer Steuerersparung. Im besondern dort, wo die Macht der neuen Industrieherzöge hinreicht, wird heute nur noch ein kleiner Teil der industriellen und Handelsgewinne in den Jahresabzählungen sichtbar gemacht, und noch weniger geht in Form von Dividenden, Lantime oder Gratifikation der Gewinn den Weg der gewöhnlichen Verteilung. Nur dieser Unternehmergewinn geht auf einem derartigen Wege zum Empfänger, daß er voll zur Steuer herangezogen werden kann — wenn der Empfänger ehrlich ist.“

„Die ganze deutsche Industrie arbeitet nach dem System Stinnes, wenn sie Steuern zahlen soll. Je größer das Geschäft und je umfangreicher das Interesse, um so besser ist es für die Steuererklärungen. Ueberlegen wir uns doch nur, wie die Gewinne der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung versteuert werden. Der gesamte Gewinn unterliegt nicht etwa den 60 Prozent des Einkommensteuergesetzes, er wird nur mit etwas mehr als 10 Prozent auf Grund des Körperschaftsgesetzes erfasst. Nur die eigentlichen Dividenden usw. werden beim Empfänger voll zur Einkommensteuer herangezogen, aber alles, was jene Unternehmungen an Gewinn nicht auszahlen, wird „abgehakt“!“

Tiefe Abgründe der Steuerlabotage, ergiebige Quellen der Kapitalakkumulation eröffnen sich. Der kapitalistische Staat weiß natürlich genau um diese Dinge, aber er duldet sie. An die Großverdiener, die später allmächtigen Wirtschaftsbeherrscher, den Staat im Staate, wagt man sich nicht heran. Wie bequem ist dagegen der zehnprozentige Steuerabzug vom Lohn des Proletariats, da wird jeder Herrschaft erfaßt! Aber es wird bei dem bevorstehenden Kampf um die neuen Steuern notwendig sein, den Schwindel von der hohen Besteuerung des Besitzes zu zerstören. Würden die prozentualen Steuerfäße eingehalten, wie sie gesetzlich vorgeschrieben sind, so müßte das Reich nach vorsichtiger Berechnung aus der direkten Steuer 80 Milliarden bereinnahmen. Abgeführt wurden indes nur 9 Milliarden. Daran kann man die kapitalistische Steuerlabotage messen, auf deren Konto ausschließlich dieser Fehlbetrag zu setzen ist!

So hat die industrielle Zusammenschließung, die Verflechtung und Verschachtelung der Interessen auch in steuerlicher Hinsicht überraschende Resultate. Dagegen gilt es Sicherheiten zu schaffen. Das ist notwendig nicht nur vom finanziellen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte. Volkswirtschaftlich ist diese schwindelhafte Kapitalanhäufung, für die es schier keine vernünftigen Anlegemöglichkeiten mehr gibt, nicht förderlich; dagegen ist es volkswirtschaftlich von der erdenklichsten Schädlichkeit, wenn das arbeitende Volk, der wirtschaftlich schwache Teil ganz unverhältnismäßig von dem zu neunzig Prozent bankrotten Staat zur Tragung der steuerlichen Lasten gezwungen wird. Hier muß radikal Wandel geschaffen werden. Bis jetzt haben wir in Deutschland noch keine eigentliche Besitzsteuer, sonst wäre diese heilige